

**New-York.** 28. November. (C. T. C.) Man meldet des Fallissements der Getreidefirma Field Lindley Weichers Compagnie. Die Passiva werden auf etwa eine Million Dollars geschätzt. (Siehe auch am Schluss des Blattes und in der II. Beilage.)

### Berlin, den 28. November.

— Deutscher Reichstag. 129. Sitzung vom 28. November, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Caprivi, von Boetticher, v. Maltzahn, v. Stephan u. a.  
Die erste Lesung des Etats für 1892/93 wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Buhl (nl): In den Ausführungen des Reichskanzlers scheide ich diejenigen über die Colonialpolitik zunächst aus; denjenigen bezüglich der Maassregeln in Polen kann ich leider nicht zustimmen. Im übrigen werden die Darlegungen des Reichskanzlers in den weitesten Kreisen Befriedigung erwecken. Die Betonung der friedliebenden Politik Deutschlands und gleichzeitig der Stärke und Vorzüglichkeit unserer Armee wird überall Wiederhall finden. Den Hinweis auf die Art und Weise, wie die Stärke der Armee mit der steigenden Bevölkerung in Einklang zu bringen sei, nehme ich als eine Andeutung dahin, dass die Regierungen der zweijährigen Dienstzeit nicht mehr so ablehnend entgegenstehen. Der Abg. Rickert hat von dem unglückseligen Bismarckschen System gesprochen. (Sehr wahr! links.) Ich glaube aber, im Herzen des Volkes wird Bismarck ein dauerndes Andenken haben. (Beifall rechts.) An uns wird es sein, dem um sich greifenden Pessimismus nach Möglichkeit entgegenzutreten. Wir werden die Regierung in dieser Beziehung so weit irgend möglich unterstützen. Der diesjährige Etat balancirt nur mit Zuhilfenahme einer Anleihe. Damit erhöht sich unsere Schuldenlast wiederum um nahezu 150 Millionen, aber die Höhe derselben hat noch keineswegs etwas Bedenkliches, wenn wir auch bestrebt sein müssen, bei allen Ausgaben eingehend zu prüfen, ob eine Nothwendigkeit für dieselben vorliegt. Es werden sich auch im Militäretat Posten finden, die nicht unbedingt nothwendig sein werden, vor allem bei den Neubauten, ebenso muss die Frage der vermehrten Übungen eingehend in der Commission erörtert werden. Beim Marine-Etat werden auch einzelne Forderungen ohne Schaden zurückgestellt werden können, zum Theil wird man weitere Bauraten entbehren können, namentlich aber müssen wir bei den Neubauten von Schiffen vorsichtig sein. Wir müssen im Auge behalten, ob wir kräftig genug seien, neben einem so kolossalen Heere auch noch eine grosse Flotte zu unterhalten. Von den Neuausgaben in den anderen Etats beifürworte ich namentlich die für die Weltausstellung in Chicago geforderte Summe. Sie bedeutet für mich wertendes Capital, denn die Ausstellung wird uns neue Absatzquellen schaffen. Bei den Ueberweisungen wird sich voraussichtlich ein Minus ergeben infolge der Handelsverträge, ich gehe aber darauf heute noch nicht ein, da wir bei der Beratung der Handelsverträge Gelegenheit genug dazu haben werden, uns mit dem Abg. Rickert auseinanderzusetzen. Den Forderungen für die Erhaltung der Wehrkraft wird unsere Partei, soweit sie nothwendig sind, zustimmen. (Beifall.)

Abg. Bebel (Soc.): Man hat vielfach bedauert, dass die Vertagung uns um die Thronrede gebracht. Ich habe gern darauf verzichtet. Solche Reden enthalten doch nur stereotype Wendungen über die auswärtige Lage, ähnlich wie wir sie ja gestern aus dem Munde des Reichs-Kanzlers gehört haben. Die letzteren standen freilich nicht ganz im Einklang mit der Rede Kalnokys, der doch sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass man auf die Rüstungen noch nicht habe verzichten können. Aehnlich haben sich Rudini, ähnlich auch Französische Staatsmänner ausgesprochen. Es soll auf der einen Seite scheinen, als bestehe eine Art Wettlauf zwischen den Regierungen, den Frieden aufrecht zu erhalten, während man auf der anderen Seite immer weiter rüstet. Das ist ein Widerspruch, den ich mir nicht erklären kann. Man solle doch der Ursache auf den Grund gehen und in Unterhandlungen treten, wie der Sache abzuhelfen sei. So geht es nicht weiter, sagt man jedes Jahr hier im Hause, aus der Rede des Reichskanzlers aber tönte es deutlich heraus: Es geht doch so weiter. Der Reichskanzler sucht die Beurlaubung bei den Zeitungsschreibern, er meinte aber nur den einen, mit dem er sich auseinandersetzt. Im allgemeinen spiegelt wieder die Presse die wahre Anschauung im Volke wieder, und da herrscht in der That ein gewisser Pessimismus, er entspringt der allgemeinen Lage, er wurzelt auch nicht zum wenigsten in den grossen Ausgaben, welche die Nation für Militärzwecke aufwenden muss. Kronstadt hat in der That uns das sichtbar hervortreten lassen, was für jeden Sehenden längst vorhanden war. Fürst Bismarck ist an diesem Zustande nicht ohne

Schuld. Zwar war er oft Russischer als die Russen selbst, aber er hat doch schliesslich den Dreibund ins Leben gerufen. Dem gegenüber blieb nichts übrig, als der heutige Zustand, und eines Tages muss daher die Katastrophe kommen. Wie oft ist uns der gestern vom Reichskanzler spöttisch behandelte Spruch: Si vis pacem, para bellum — im Ernst vorgehalten. Auch heute geschieht es ja durch die neuen Forderungen, und weitere hat der Reichskanzler ja angekündigt, wir sollen im nächsten Winter über eine Erhöhung der Präsenz-ziffer berathen. Es handelt sich um eine Durchführung des von dem früheren Kriegsminister seiner Zeit in der Commission entwickelten Plans, um die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. In 12 Jahren ist der Militäretat um 83 Millionen gestiegen, um fast ebenso viel der Marineetat, ebenso haben die Pensionsfonds eine wesentliche Steigerung erfahren. Die Schuldzinsen sind ganz bedeutend gestiegen. Wenn das so weiter geht, werden wir in der That bald das reichste Land in Europa sein, was die Schulden anbelangt. Viel bedeutender ist die Steigerung der einmaligen Ausgaben. Da ist es doch Pflicht des Reichstages zu fragen, wie diesem Dinge ein Ende zu machen sei. Ich sehe jetzt kein Mittel dazu, wir haben aber unsere Stimme zu dieser Steigerung nicht gegeben, wir brauchen uns daher auch die Köpfe über das Heilmittel nicht zu zerbrechen. Es genügt uns, dass wir immer wieder darauf hinweisen. Im Kriegsfall kommt es nicht allein auf die gute Führung und das gute Soldatenmaterial, sondern auch auf gute Finanzen an. Es ist aber zwerfhaft, ob unsere Bourgeoisie das Geld so billig hergeben wird, wie man annimmt. Auch die Verproviantirung der grossen Heeresmassen wird ihre Schwierigkeiten haben, zumal dann nicht nur die Russischen Zufuhren, wie jetzt, ausbleiben, sondern auch die überseeischen. Die Zahl der Verwehrmittel, der Hospitaler wird nicht ausreichen, um alle Verwunden zu befördern und unterzubringen. Das hat erst kürzlich Prof. Billroth anerkannt. Dazu kommt die Missstimmung in den weitesten Kreisen über die schlechten socialen Verhältnisse. Im Falle der Einziehung zu den Fahnen würden Millionen ihren Bankrott ansagen müssen. Sie scheuen sich freilich, diese Befürchtungen offen auszusprechen. Sie suchen alles noch zu vertuscheln. (Ruf: Sie machens auch so!) Gewiss, auch wir sagen nicht alles (Heiterkeit), aber wir scheuen uns in solchen Dingen nicht, die Wahrheit zu sagen. Vor wenigen Tagen haben wir von autoritativer Stelle eine Rede gehört, die an die Berliner Recruten gerichtet war. Darin heisst es: Ihr wurdet wahrscheinlich nur im Frieden Euro Tapferkeit zu zeigen haben. Vielleicht aber stehen auch schwere innere Kämpfe bevor. Das stimmt wunderbar überein mit einem Artikel der „Hamburger Nachrichten“, nach dem derselbe befürchtet, wenn die Socialdemokratie in die Armee Eingang fände, würden die Soldaten „zu hoch“ schiessen. (Zuruf von den Nationalliberalen.) Ich bedauere, dass Fürst Bismarck den ihm von seinen Wählern übertragenen Platz nicht einnimmt, sonst würde ich ihm nicht nur das, sondern noch mehr sagen (Heiterkeit). Die Socialdemokratie dringt doch um so zahlreicher in die Reihen der Soldaten, je mehr die Staatsbürger Sie zu Soldaten machen, denn die Nicht-nur-Zeitungs-schreiber verbreiten solche Beurlaubung, sondern auch Redner. Man sollte auch daran denken, gewisse Reden zu verhindern, ich erinnere nur an eine Rede in Erfurt.

(Schluss des Blattes.)

— Hofnachrichten. Am heutigen Vormittage hat der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich von Preussen und dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg Schloss Hummelshain wieder verlassen und Potsdam Sonderzuges die Rückreise nach Berlin nach dem angetreten, woselbst der Kaiser am Nachmittag auf der Wildparkstation zurückverwartet wurde. — Ende der nächsten Woche denkt der Kaiser zur Abhaltung einer grösseren Jagd nach den Königlichen Forstrevieren in der Ghrde zu begeben und 4. und 5. December daselbst zu verweilen. — Wenn die Kaiserliche Familie zum Winteraufenthalte vom Neuen Palais bei Potsdam nach Berlin kommen und im hiesigen Königlichen Schlosse Wohnung nehmen wird, darüber sind, wie wir erfahren, bis zur Stunde durchs noch keine Bestimmungen getroffen worden. — Der Grossfürst und die Grossfürstin Wladimir von Russland, welche während des gestrigen Tages in Berlin verweilten, empfingen im Laufe des Nachmittages in der hiesigen Russischen Botschaft einige Besuche und unternahmen später einen gemeinsamen Spaziergang durch die Strassen der Stadt, um gelegentlich desselben verschiedene hiesige Geschäftslocale zu besuchen und daselbst bedeutende Einkäufe zu befehlen. Gegen 6 Uhr kehrten beide nach dem Russischen Botschaftspalast zurück, um alsdann bis zu ihrer Weiterreise daselbst zu verbleiben. Um 11 Uhr 1 Minute Abends setzten darauf dieselben vom hiesigen Bahnhofe in der Friedrichstrasse aus

mit den Damen und Herren ihres Gefolges ihre Rückreise von Berlin nach Russland fort.

— Das erwartete, vor einiger Zeit angekündigte Weissbuch über den Chilenischen Aufstand ist heute dem Reichstage zugegangen. Dasselbe reicht vom October 1890 bis jetzt, ist sehr umfangreich und enthält eine lange Reihe von Actenstücken über die bekannten Vorgänge. In dem Weissbuch stehen die Correspondenzen des Deutschen Auswärtigen Amtes mit dem Deutschen Gesandten in Chile, den Brief- und Depeschenwechsel zwischen den einzelnen Regierungen unter einander und die Auseinandersetzungen über die Fahrten des Dampfers „Presidente Pinto“.

— Die Budgetcommission des Reichstages trat heute kurz vor der Plenarsitzung zu einer Sitzung zusammen und schritt zur Vertheilung der Referate über die zu verarbeitenden Etattheile. Sie gedenkt am 1. December zur Etatsberathung zusammenzutreten.

— In der Nitscheschen Mordsache hat auf Grund von Zeitungsnutzen in der Provinz Sachsen eine Verhalingung stattgefunden, und soweit sich die Sache von hier aus beurtheilen lässt, scheint der Festgenommene stark belastet zu sein. Es sind sofort Recognoscenzen an den Ort der Erfassung abgesandt worden.

— Anlässlich des Sturmianfes gegen die Börse, welcher gegenwärtig sowohl in Berlin, als auch in Wien gerade von solchen Persönlichkeiten, die mit den Verhältnissen an der Börse am wenigsten vertraut sind, unternommen wird, schreibt uns einer unserer Wiener Correspondenten: Es wird interessant sein, zu vernehmen, dass gerade das, was man jetzt als unfähbare Heilmittel gegen die Wiederkehr von Börsenkrisen in Vorschlag bringt, an der Wiener Börse bestanden hat, als dieselbe ihren berühmten Krach vom Jahre 1873 hatte, und dass speciell durch die jetzt geforderte Nichtklagbarkeit der Börsengeschäfte und durch die gleichfalls jetzt beantragte Einschränkung der Zeitgeschäfte die Krise damals so verschärft wurde, dass sie zur grössten Katastrophe, welche die Finanzgeschichte kennt, ausartete. Bis zu dem ewig denkwürdigen schwarzen Freitag waren die Forderungen aus Börsengeschäften in Wien nicht einlagbar, und erst durch das Börsengesetz vom 1. April 1875 wurden sie es. Gleichzeitig wurde durch dasselbe Gesetz, um den Börsenverkehr auf eine gesündere Basis zu stellen, in den Paragraphen 13 und 14 ausgesprochen, dass bei der Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten aus Börsengeschäften die Einwendung, dass dem Anspruche ein „als Wette oder Spiel zu beurtheilendes Differenzgeschäft“ zu Grunde liege, künftighin unstatthaft sei und Börsengeschäfte unter allen Umständen als Handelsgeschäfte zu betrachten sind. Sehen wir nun, wie die Regierung diese Reformen wieder unmöglich machte, in dem Motivenberichte zu dem erwähnten Gesetze begründete. „Jene grosse Gruppe von Börsengeschäften, die man Differenzgeschäfte zu nennen pflegt“ — sagte der Regierungsvorlage beigegebene Motivenbericht — „gibt in der Theorie und in der Praxis immer wieder zur Erörterung der Frage Anlass, ob dieselben als rein aleatorische Geschäfte anzusehen seien, hinsichtlich welcher keine Einklage vor dem Richter statthaft ist. Es ist einleuchtend, dass derartige Zweifel und Schwankungen in der Auffassung für Handel und Verkehr für den Credit überaus schädliche Wirkungen zur Folge haben. Die öffentlichen Börsen haben im modernen wirtschaftlichen Leben so wichtige Aufgaben zu erfüllen, die kräftige und normale Regelung des Goldmarktes ist für den Staat von so hoher Bedeutung, dass jede Unsicherheit auf diesem Gebiete von besonderem Nachtheile ist und rasche, entscheidende Abhilfe erfordert. Nun ist aber nichts geeigneter, die Börse zu demoralisiren, als die Zulassung der Einwendung, dass einem Anspruche ein als Wette oder Spiel zu beurtheilendes Abkommen zu Grunde liege. Jedem Unredlichen ist dadurch die Möglichkeit geboten, im Falle des Gelingens Alles zu bezahnen. Für die Börse hat die Einwendung von Spiel und Wette in den weitest meinten Fällen nur die Bedeutung eines Schildes, hinter welchem sich Unehrlichkeit und Vertragsbruch verbirgt. Gerade das Bewusstsein, in solcher Weise gegen Verluste Schutz zu finden, fördert das rücksichtsloseste Spiel und ermöglicht jenen tölklichen Aufbau schwindelhafter Geschäfte, dessen nothwendiger endlicher Zusammenbruch beklagenswerthe Krisen hervorruft oder doch wenigstens verschärft.“ Diese Motivirung des Regierungsantrages, die bis dahin nicht klaren Forderungen aus Börsengeschäften für klagbar zu erklären, war unter dem unmittelbaren Eindrucke des Krachens von 1873 aus den hierbei gewonnenen Erfahrungen geschöpft und liest sich wie eine vernich-